

Höhle bleibt vorerst geöffnet

Struktur und Aufgaben des Biosphärenreservats sollen auf den Prüfstand

Von Karl-Heinz Klärner

Roßla/MZ. Die von der Schließung in den Wintermonaten bedrohte Heimkehle bei Uftrungen bleibt vorerst geöffnet. Das erklärte der sachsen-anhaltische Umweltstaatssekretär Hermann Onko Aeikens nach einem Besuch der Höhle gegenüber der Mitteldeutschen Zeitung.

Der Vertreter des Ministeriums sicherte Landrat Volker Pietsch (CDU) eine Überprüfung zu. Demnach soll die Touristenattraktion zum Schutz der Fledermäuse, die regelmäßig die Karsthöhle als Winterquartier nutzen, in der kalten Jahreszeit geschlossen werden. "Wir werden die Angelegenheit erneut prüfen", sagte Aeikens mit dem Hinweis, dass es sich bei dem Quartier der Tiere um ein einzigartiges Vorkommen handele. Pietsch bat darum, dass "eine Kompromisslösung gefunden wird", die die Schutzinteressen der Tiere und die touristische Vermarktung gleichermaßen berücksichtige.

Neben der Höhlenproblematik widmeten sich der Staatssekretär und der Senat des Landesrechnungshofes der Arbeit im Biosphärenreservat Karstlandschaft Südharz. Rechnungshofpräsident Horst Schröder konstatierte abschließend, dass die Realisierung des Vorhabens mit den Vertretern der Region nicht gelungen sei.

Trotz einer Absichtserklärung auf Ministerebene zwischen Sachsen-Anhalt, Thüringen und Niedersachsen, das Umweltprojekt gemeinsam voranzutreiben, sei dies bisher nur von sachsen-anhaltischer Seite erfolgt. "Die sehr kritische Betrachtungsweise aus der Region hat den Eindruck des Landesrechnungshofes noch verstärkt", sagte Schröder nach der internen Beratung mit Vertretern des Landkreises der betroffenen Kommunen und der Reservatsverwaltung.

Wie berichtet, erstreckt sich das Umweltprojekt von Sangerhausen bis nach Göttingen. Rund eine Million Euro stellt Schröder zufolge das Bindestrichland für die Realisierung zur Verfügung. "Wir müssen die Strukturen völlig neu überdenken", sagte der oberste Kassenprüfer des Landes angesichts der ursprünglich geplanten 50 Stellen für die Reservatsverwaltung, von denen zurzeit 29 besetzt sind. "Das Ziel müssen Einsparungen sein", forderte Schröder das zuständige Ministerium zum Handeln auf.

Umweltstaatssekretär Aeikens zeigte sich demgegenüber offen. "Außer der Absichtserklärung der anderen Länder ist nichts mehr passiert", sagte er mit Blick auf die finanzielle Belastung Sachsen-Anhalts. Deshalb werde man sich der Problematik intensiv annehmen. Über welchen Personalbestand die Verwaltung verfügen werde, hänge wesentlich von den künftigen Aufgaben ab. "Es darf hier keine Überschneidungen mit anderen Ämtern geben", sagte Aeikens.